

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und bei Bestellungen durch die Boten 2,50 RM., bei Postbestellung 3 RM., wozu die Postgebühren kommen. Einzelhefte 10 Pf. Die Postenhalter des Reichs sind verpflichtet, das Wilsdruffer Tageblatt zu bestellen. Die Postenhalter des Reichs sind verpflichtet, das Wilsdruffer Tageblatt zu bestellen. Die Postenhalter des Reichs sind verpflichtet, das Wilsdruffer Tageblatt zu bestellen.



Wilsdruff-Dresden. Postfach: Dresden 2640. Mittwoch, den 24. Dezember 1930. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Anzeigenpreis: Die 6-spaltige Normzeile 20 Pf., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3-spaltige Reklamazeile im letzten Teile 1 Reichsmark. Nachverträge, die 20 Reichspfennig. Sonstige Anzeigenpreise sind nach Vereinbarung. Die Anzeigen werden nach Möglichkeit an der Spitze der Zeitung abgedruckt. Die Anzeigen werden nach Möglichkeit an der Spitze der Zeitung abgedruckt. Die Anzeigen werden nach Möglichkeit an der Spitze der Zeitung abgedruckt.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rostfen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 299 — 89. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden. Postfach: Dresden 2640. Mittwoch, den 24. Dezember 1930.

Weihnachten 1930.

Wieder, vielleicht mehr noch als sonst, bleibt das „Fröhliche Weihnacht!“ ein Wunsch, dem allzuoft nur ein bitteres, hoffnungsloses Achselzucken als Antwort folgt. „Fröhliche Weihnacht!“ — Woher soll Freude kommen, wenn die schweren Sorgen des Alltags nicht einfach verdrängt werden können in den Tagen des Festes. Und wenn man an die vielen, viel zu vielen denkt, denen die Not es verbietet, das Fest so zu begehen, wie sie es von Kindheit an gewohnt sind und wie sie es selbst nun auch ihren Kindern „bescheren“ möchten. Trüb brennen am Weihnachtsbaum die Kerzen. Und gerade weil es ein Fest des Schenkens und des Gebens ist, ein Fest der Kinder und für die Kinder, so ist es besonders niederdrückend, daß so vielen das Schenken verweigert, unzähligen Kindern nur ein sorgloses Weihnachtsbescheiden ist, weil wirtschaftliche Not dem Weihnachtsengel den Weg, den Eintritt versperrt. Anders, dumpfer als früher klingen die Weihnachtsklöden.

Und vergeblich scheint es zu sein, daß sie das Fest des Friedens einläuten, „allen denen, die guten Willens sind“. Noch hält mißtonend der Lärm bestigsten politischen Unfriedens bis hinein in die Tage des Festes. So laut wie seit langem nicht schrie das unzufriedene Gezänk der Parteien, wurde kaum leiser, je näher wir dem Feste des Friedens kamen. Des „Friedens“ — auch hierauf glauben viel zu viele nur mit einem besser wissenden Spöttischen oder hoffnungslosen Achselzucken antworten zu sollen. Sind es doch zu wenige, die guten Willens sind. Zu wenige, denen das Weihnachtsfest seinen letzten und tiefsten Sinn offenbart. Mit dem Eispanzer des Parteigegensatzes angefaßt haben sich selbst an diesem Weihnachtsfest alle Millionen von Volksgenossen friedlos gegenüber und die Lichter des Christbaums und der Friedenswunsch der Engel vermögen die starre Hülle nicht zu zerstoßen. Auf taube Ohren stößt das „Friede den Menschen auf Erden“. Und blinden Augen schauen viele auf den Baum, den der deutsche Wald hergab.

Auch draußen, jenseits der deutschen Grenzen, leuchtet er glücklosen Menschen. Sie dürfen unter ihm nur stüßern von der alten Heimat, von der man sie hinweggerissen hat; nur leise dürfen sie die alten deutschen Weihnachtslieder summen. Noch größere Not liegt über ihnen, Volksnot, Leibesnot, Rechtsnot. Draußen auf den Straßen herrscht der Unterdrück und lauscht hinein in die Räume, wo Deutsche das deutsche Fest begehen. Rein die ist dort, keine Liebe — nur Haß, Verfolgung, brutale Gewalt. Und hoffnungslos blicken die Augen in den Schein der Kerzen.

Ein wahrer Weihnachtsfriede wird ja auch uns Deutschen im Reich seit sechzehn Jahren nicht mehr beschieden. Immer tönt in den Klängen der Weihnachtsklöden lauter oder leiser, aber nicht überhörbar das Geklirr der Ketten hinein, die uns angelegt sind und die uns heute schmerzhafter drücken als je. Und die Gedanken hinaus zu den fernem Gräbern derer, die draußen liegen als Opfer des Krieges, gefallen in der Verteidigung der Heimat. Stärker, schmerzvoller wandern am Weihnachtsfest die Gedanken hinaus zu jenen, die einst neben uns gestanden haben.

Aber gerade sie dürfen von uns verlangen, nicht in Hoffnungslosigkeit zu versinken. Christfest — dazu gehört auch der Tag der Wintersonnenwende. Weibes zusammen erst wird das deutsche Weihnachtsfest Friedensgruß der Engel und die Hoffnung darauf, daß auch für uns das Dunkel einst einem helleren Lichte wieder weichen wird. Und daß, wie einst über Weibstem, der weiße Stern die Nacht der Hoffnungslosigkeit durchstrahlt und uns den Weg zum fernem Ziel zeigt. Aber auch das kann nur geschehen, wenn wir guten Willens sind. Wenn wir unter dem Christbaum von uns tun, was uns Herz und Sinn verhärtet gegen die andern. Wenn wir erkennen, daß es nie auf einem Teil nur, sondern immer auf das ganze Volk ankommt. Wenn wir nur unser innerstes Wesen sprechen lassen und alles andere einmal zum Schweigen bringen, alle Gedanken und Gefühle des Unfriedens und des Hasses an dem Fest, das wir als ein Fest des Friedens und der Liebe kennengelernt haben als Kinder. Dann werden wir klareren und ungetrübten Auges auf die Kerzen des Christbaums schauen und ihr Schein wird auch noch hineinleuchten in den Alltag, wenn die Tagesfron uns wieder umfaßt. Und dieser Schein wird auch die dunkle Hoffnungslosigkeit vertreiben, wird die Sehnsucht tatkräftig aufheben lassen, guten Willens daran zu arbeiten, daß uns dereinst wieder ein wirkliches deutsches Weihnachtsfest, ein Weihnachten der Freiheit beschieden ist.

Der Vergleich.

Der Präsident des Reichsgerichts und zugleich des Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich, Bumke, hat einmal die rote Robe von sich getan und dafür das weiße Gewand des Friedensengels angezogen. Er wollte das Reichsministerium des Innern und das thüringische Innenministerium wegen des bekannten Streites um die Polizeikosten zu sich endlich zu einem Vergleich bringen.

Ueber vier Millionen Arbeitslose

Anhaltende Zunahme der Erwerbslosigkeit.

Die Arbeitsmarktlage im Reich. Nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 1. bis 15. Dezember 1930 hat die Zunahme der Arbeitslosigkeit aus überwiegend jahreszeitlichen Gründen weiter angehalten, jedoch nicht das selbe Ausmaß erreicht wie in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die Zahlen der Hauptunterstützungsempfänger zeigen vom 30. November bis 15. Dezember eine Zunahme um rund 158 000 auf rund 1 946 000 in der Arbeitslosenversicherung, um rund 37 000 auf rund 603 000 in der Krisenfürsorge; dabei ist darauf hinzuweisen, daß die Belastung dieser beiden Unterstützungseinrichtungen nur einen Ausschnitt aus dem Gesamtumfang der Arbeitslosigkeit wiedergibt. Die Zahl der Arbeitslosen (verfügbare Arbeitsuchende nach Abzug der noch in Stellung oder in Notstandsarbeit Beschäftigten) belief sich am 30. November auf rund 3,7 Millionen; bei der Zählung am 15. Dezember ergab sich ein Anwachsen um rund 278 000 auf rund 3 977 000. Die entsprechende Zahl Mitte Dezember des Vorjahres belief sich auf rund 2 362 000. Ein nicht genau erfassbarer Teil der Überhöhung der Arbeitslosenziffer gegenüber dem Vorjahre beruht auf der besseren Erfassung der Wohlfahrts- und Erwerbslosen sowie auf dem von der wirtschaftlichen Not erzeugten Andrang zahlreicher, früher nicht als Arbeitnehmer tätigen Kräfte zum Arbeitsmarkt.

Von den einzelnen Landesarbeitsämtern haben die Bezirke Ostpreußen, Schlesien, Pommern, Niedersachsen und Mitteldeutsch-

land eine Zunahme in der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger erfahren, die zum Teil erheblich über dem Reichsdurchschnitt liegt; die Bezirke Westfalen, Rheinland und Sachsen haben sich in dieser Beziehung nicht unerheblich günstiger als der Reichsdurchschnitt entwickelt.

Kann das Weihnachtsgeschäft helfen?

Die Arbeitslosigkeit hat damit einen Stand erreicht, der weit über dem des Vorjahres, der ja schon erschreckend hoch war, liegt. Ob das Weihnachtsgeschäft, das ja in der Lagerhaltung aufgeräumt hat, in der nächsten Zeit eine Entlastung des Arbeitsmarktes bringen kann, bleibt abzuwarten. An sich würden ja die mehr oder weniger geräumten Lager eine Auffüllung verlangen, damit der Produktion neue Aufträge bringen müssen und dadurch die Möglichkeit der Einstellung von Arbeitskräften. Auch werden

die Sonderverkäufe der nächsten Zeit,

wie Inventurausverkäufe und „Weißes Wochenende“ weitere intensive Absatzmöglichkeiten bieten. Diese Konjunkturauftriebe werden aber wahrscheinlich selbst wenn sie eintreten würden, doch einige Zeit bis zu ihrer vollen Auswirkung brauchen. Saisonmäßige Hinderungsgründe einer Arbeitsmarktbelebung dürften auch in den nächsten Wochen noch wirksam werden, so daß es scheint, als ob die Kurve der Erwerbslosigkeit in diesem Winter ihren Höhepunkt noch nicht erreicht hat. Ihr immerhin verlangsamtes Ansteigen bietet aber doch einige Hoffnung, daß sie sich in nicht allzu langer Zeit zum Abstieg wenden wird.

gleich bringen. Um ein bekanntes Wort zu variieren: „Der Not sind genug gewechselt...“ — es war ein auf alle Fälle unerfreulicher Zustand, daß sich die beiden Minister gegenseitig ziemlich unverhüllt Grobheiten sagten und diese „Reiszerlegungen“ auch der Öffentlichkeit nicht vorenthielten. Der jetzige Reichsinnenminister freilich hatte die Erbschaft des Streites zwischen Reich und Thüringen von seinem Vorgänger übernommen, und vor dem Staatsgerichtshof war eine Klage Thüringens eingegangen und in Behandlung genommen worden, das Reich zu verurteilen, es habe die gesparten Zuschüsse zu den thüringischen Polizeikosten zu zahlen. Vom Reichsinnenminister war hiergegen eingewandt worden, das thüringische Innenministerium halte sich besonders bei der Besetzung der Beamtenstellen in der Schupo nicht an die hierfür vom Reich erlassenen Richtlinien, namentlich spiele die parteipolitische Einstellung bei der Einberufung von Anwärtern eine maßgebende Rolle. Die Untersuchung des ganzen Falles durch den Staatsgerichtshof ging los, lieblich begleitet von jenen Notizen, von einigen Disziplinarverfahren mit nachfolgenden schweren Verurteilungen thüringischer Beamter, auch ein paar Hausdurchsuchungen fanden statt. Demen dann wieder erregte Protestversammlungen folgten — kurz, es war das, was der Wiener einen „Wirbel“ nennt. Außerdem noch alles ein bißchen nach Parteipolitik. Und wieder einmal tauchte dahinter das Problem „Reich und Länder“ auf, deren rechtliche Beziehungen zueinander auch in der Reichsverfassung nicht in allen Punkten eindeutig geregelt sind. Differenzen zwischen einzelnen Ländern und gerade dem Reichsinnenministerium sind überhaupt im Laufe der letzten zwölf Jahre nicht selten gewesen; aber dieses Ministerium ohne eigene Exekutivorgane und Unterbehörden, dieser „Kopf ohne Leib und Arme“, wie man es einmal genannt hat, vermag sich in der inneren Verwaltung der Länder nur sehr schwer zur Geltung zu bringen. Beim Reichsjustiz- und teilweise auch beim Verkehrsministerium liegen die Dinge ähnlich.

Beide Parteien haben sich dem vermittelnden Spruch des Friedensengels Bunte gefügt, wobei sie wohl an den guten alten Spruch gedacht haben mögen, daß ein magerer Vergleich besser sei als ein fetter Prozeß. Wäre die Klage bis zur Fällung eines Urteilspruches, also entweder zu einer Abweisung Thüringens oder zu einer Verurteilung des Reichsinnenministeriums, fortgeführt, immer wäre es für die Staatsautorität des unterlegenen Teiles nicht gerade förderlich gewesen. Darauf kann und darf man in Leipzig beim Reichsgericht natürlich keine Rücksicht nehmen und, wenn man dort die rote Robe trägt, wird ohne jegliches „Parlamentieren“ nur Recht gesprochen. Das ist aber in einer politischen Streitfrage, wie sie hier zwischen dem Reich und Thüringen vorlag, nicht gar so leicht und hat auf alle Fälle politische Weitlichkeiten zur Folge.

„Magerer Vergleich“ — das bedeutet, daß natürlich beide Seiten nicht übermäßig zufrieden sind mit dem Spruch, auf den man sich geeinigt hat. Das Reich muß zahlen, Thüringen erhält die Zuschüsse. Das ist die klingende Seite. Andererseits hat Thüringen — und zwar

unter Garantie des Gesamtministeriums — versprochen müssen, bei der Prüfung von Anwärtern für die Schupo und bei der Anstellung, der Beförderung und der Besetzung der Polizeibeamten jede parteipolitische Rücksichtnahme auszuschalten, also keine Partei zu bevorzugen oder zu benachteiligen. Nur die Eignung bzw. das dienstliche Interesse sollen hier entscheiden; darauf will und soll das Gesamtministerium aufpassen.

Alle sonstigen irgendwie künftigen, weil „grundjährlichen“ Punkte in dem ganzen Streit hat man zweckmäßigerweise vertagt, anderweitiger Anstrahlung überlassen; man hat den Standpunkt, den die eine Seite hinsichtlich des parteipolitischen Streites einnimmt, ebenso wenig berührt wie den der anderen Seite. Es gibt viele Dinge, die am besten „durch Vertagung erledigt“ werden, und dazu gehören vor allem parteipolitische Konflikte. Von diesem Genre gibt es ja so viele, daß einige ruhig verschwinden dürfen!

Der Vorsitz der Ratstagung.

Wird Curtius darauf verzichten? Wie in politischen Kreisen Berlins verlautet, wird allen Ernstes erwogen, ob für die bevorstehende Ratstagung im Januar, deren Vorsitz diesmal in der Reichsliste Deutschland zusteht, der Reichsaußenminister nicht auf den Vorsitz zugunsten des turnusmäßig folgenden englischen Vertreters verzichten wolle. Die Befürworter des Planes machen geltend, daß diesmal eine Reihe von für Deutschland sehr wichtigen Punkten auf der Tagesordnung stehe.

Es handelt sich in der Hauptsache um die Minderheitenbeschwerden, zu deren wirksamer Vertretung mit nothfalls auch demonstrativen Mitteln der Vertreter der deutschen Regierung die nötige Ellenbogenfreiheit haben müsse.

Die Aufgaben des Vizepräsidenten, die immerhin eine starke Arbeitsbelastung bedeuten, und den jeweiligen Inhaber allzu sehr neutralisieren, ließen sich mit einer kraftvollen Vertretung bestimmter nationaler Forderungen nicht vereinen. — Eine Entscheidung hierüber ist jedoch noch nicht gefallen.

Kellogg über Abrüstung.

In ein bis zwei Jahren Konferenz. Der frühere amerikanische Staatssekretär Kellogg, der von seiner Europareise zurückgekehrt ist, erklärte nach seiner Ankunft im New Yorker Hafen, daß die Landabrüstung der wichtigste Faktor zur Sicherung des Friedens sei. Die alliierten Mächte seien verpflichtet, ihrerseits auch abzurüsten. Er glaube, daß man der Zukunft hoffnungsvoll entgegensehen könne, und er sei überzeugt, daß die Abrüstungskonferenz in einem oder zwei Jahren zusammentreten werde. In Europa bestehe keine Kriegsgefahr, ebenso wenig wie der Ausgang der deutschen Wahlen die Möglichkeit eines Konflikts schaffe.